

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz

19. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn, Åland Inseln, Finnland

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Zusammenfassung	1
II Konferenzverlauf	1
III Erster Sitzungsabschnitt „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“	2
IV Zweiter Sitzungsabschnitt „Auswirkung des Klimawandels auf die Biodiversität in der Ostseeregion“	6
V Dritter Sitzungsabschnitt „Die Ostseeregion als eine Region des Friedens und der Sicherheit“	8
VI Wahl der Amtsträger und Verabschiedung der Konferenzdokumente	12
VII Verabschiedete Resolution	13

I Zusammenfassung

Die 19. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) fand vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn, Åland Inseln, Finnland, statt. Der Delegation des Deutschen Bundestages gehörten folgende Mitglieder an:

- Abgeordneter **Franz Thönnies** (SPD), Delegationsleiter
- Abgeordneter **Matthias Lietz** (CDU/CSU)

An der 19. Konferenz nahmen Parlamentarierinnen und Parlamentarier der nationalen und regionalen Parlamente der elf Ostseeanrainerstaaten, des Ostseerates, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments sowie Vertreter der Europäischen Kommission, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen

Versammlung des Europarates und zahlreiche Beobachter von Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und anderen Vereinigungen teil.

Das Generalthema der Konferenz lautete „Zusammenarbeit im Bereich Umwelt und Sicherheit“. In drei Sitzungsabschnitten wurden die Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Auswirkungen des Klimawandels auf die Biodiversität in der Ostseeregion“ sowie „Die Ostseeregion als eine Region des Friedens und der Sicherheit“ behandelt. Zudem wurden die Zwischenberichte der Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ und der Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit“ sowie der Bericht über die Arbeit der Helsinki-Kommission (HELCOM) vorgestellt. Die Delegierten verabschiedeten am letzten Konferenztag einstimmig die unter Punkt VII. abgedruckte Resolution.

II Konferenzverlauf

Die 19. Ostseeparlamentarierkonferenz wurde vom Präsidenten des Parlaments von Åland, **Roger Nordlund**, eröffnet, der alle Teilnehmer herzlich willkommen hieß. Er unterstrich, dass Åland bereits zum zweiten Mal Gastgeber einer Ostseeparlamentarierkonferenz sei. Damals wie heute hielten die autonome und demilitarisierte Insel Åland und ihr Parlament – das Lagting – Frieden, Sicherheit und eine gesunde Umwelt für zentrale Ziele einer umfassenden und engen Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Die Ostsee sei für alle Anrainerstaaten ein Bindeglied, das zu erhalten und zu bewahren im gemeinsamen Interesse liegen müsse.

Der Abgeordnete **Harry Jansson**, Mitglied des Parlaments von Åland, gewährte den Teilnehmern einen Einblick in seine persönlichen Erinnerungen an ein Projekt der Zusammenarbeit in den 1960er Jahren, als er zu denjenigen auf Åland gehört habe, die sich für die Erhaltung der Meeresadler einsetzten und die für deren Schutz benötigten Gelder sammelten. Die Erfahrung aus dieser Zeit habe ihn in der Erkenntnis bestärkt, dass wichtige Anliegen nur durch eine enge Zusammenarbeit umgesetzt werden könnten. Er teile die Ansicht des Parlamentspräsidenten

ten, dass der Zustand von Fauna und Flora in der Region verbessert werden müsse. Åland als demilitarisierte und politisch autonome Region in der Mitte des Ostseeraums sei aufgrund ihrer speziellen geografischen Lage darauf angewiesen, eine enge Zusammenarbeit in Bezug auf Wirtschaft, Energie, Kommunikation und Beschäftigung mit anderen Ostseestaaten zu pflegen. Die Ostseeparlamentarierkonferenz sei für Åland ein wichtiger Gesprächspartner, und ihr politisches Engagement sei unverzichtbar bei den Bestrebungen, die Ostseeregion zu einer Modellregion in Europa zu machen.

III Erster Sitzungsabschnitt „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“

Die Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz, Abgeordnete **Christina Gestrin** (Finnland), stellte einleitend fest, dass bereits viel getan worden sei, um den Zustand der Ostsee und den wirtschaftlichen Wohlstand in der Ostseeregion zu verbessern. Gleichwohl seien die Umweltprobleme in der Region noch sehr groß, und ein Szenario wie das der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko sei auch für die Ostseeregion nicht auszuschließen. In Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Situation in der Ostseeregion stellte Frau Gestrin fest, dass es große Ungleichheiten gebe, die zu sozialen und wirtschaftlichen Verzerrungen führten. Als die gewählten Vertreter ihrer Bevölkerung hätten die Parlamentarier sowohl die Verpflichtung als auch das Mandat, Maßnahmen und Initiativen zur Verbesserung des Umweltzustandes in der Ostseeregion und zur Förderung des Wohlstands zu ergreifen.

In Bezug auf die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in der Region stellte Frau Gestrin fest, dass die Kontakte zum Ostseerat und die Zusammenarbeit mit ihm ausgezeichnet seien. Die gemeinsame Beteiligung an Konferenzen und Veranstaltungen sowie die Koordination einzelner Initiativen spiegelte die gute Qualität dieser Zusammenarbeit wider. Sowohl die Ostseeparlamentarierkonferenz als auch der Ostseerat legten Wert darauf, ihre jeweiligen Prioritäten untereinander abzustimmen und regelmäßige Kontakte zwischen den Arbeitsgruppen der beiden Organisationen zu gewährleisten. Auch die Zusammenarbeit mit der Helsinki-Kommission (HELCOM) gestalte sich als sehr fruchtbringend und sei auf konkrete Ergebnisse ausgerichtet. Der jüngste Bericht von HELCOM habe erneut aufgezeigt, wie sehr die Ostsee von Eutrophierung, Belastungen durch giftige Abwässer und einem zunehmenden Verlust der biologischen Vielfalt betroffen sei. Um diesen Entwicklungen entgegen zu wirken, seien unverzügliche Maßnahmen in der Landwirtschaft, der Industrie und im Verkehrswesen zu ergreifen, wenn der Schutz der Ostsee nachhaltig gewährleistet werden solle. Nicht nur der Ostseeaktionsplan von HELCOM sei daher ausdrücklich zu unterstützen, sondern auch die EU-Ostseestrategie sei ein willkommener Beitrag, dessen Inhalte mit anderen Initiativen und Maßnahmen zu synchronisieren seien, insbesondere mit der Politik der Nördlichen Dimension. Damit solle sichergestellt werden, dass alle Länder der Region gleichberechtigt und umfassend beteiligt würden.

In Bezug auf die Strukturen der Ostseeparlamentarierkonferenz stellte Frau Gestrin fest, dass die BSPC eine konstante Größe mit stabilen Strukturen im Rahmen der Ostseezusammenarbeit geworden sei, deren ständige Gremien eine ausgezeichnete Zusammenarbeit sowohl nach innen als auch nach außen entwickelt hätten.

Abschließend unterstrich Frau Gestrin, dass die zahlreichen Herausforderungen in der Ostseeregion komplex und schwierig seien und unterschiedliche Auswirkungen und Folgen für einzelne Länder und Akteure hätten. Ganz offensichtlich sei, dass hierbei auch die Stimme der Parlamentarier gehört werden müsse. Der Beitrag der BSPC zu einem transparenten, demokratischen und konstruktiven politischen Prozess sowie zu konkreten Lösungen für die Herausforderungen in der Ostseeregion werde weiterhin mit vollem Engagement erfolgen.

Eric Lahnstein, Staatssekretär im norwegischen Außenministerium und Vertreter der amtierenden norwegischen Präsidentschaft im Ostseerat, unterrichtete die Parlamentarier über die Kernpunkte der norwegischen Ratspräsidentschaft. Im Jahre 2008 habe sich der Ostseerat darauf verständigt, die Bereiche Umwelt, wirtschaftliche Entwicklung, Energie, Bildung und Kultur, zivile Sicherheit sowie menschliche Dimension als seine wichtigsten Prioritäten für die nächsten Jahre festzulegen. Norwegen habe für seine Ratspräsidentschaft im Ostseerat die Themen maritime Politik, Bekämpfung des Menschenhandels sowie Weiterentwicklung und Reform der Strukturen des Ostseerates in den Vordergrund gestellt. Der Bereich maritime Politik umfasse Themen wie die Nutzung von Erdgas als alternativem Brennstoff, Bildung maritimer Wirtschaftskluster zur Abstimmung regionaler Interessen, Verbesserung des Dialogs zwischen Wirtschaft und Politik, Entwicklung einer interaktiven Kommunikationsstrategie sowie Sammlung relevanter Daten. Zudem bemühe man sich, bereits diskutierte Pilotprojekte umzusetzen und ihnen noch mehr politische Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen. Hinsichtlich des zweiten Schwerpunktes – Bekämpfung des Menschenhandels – fordere die norwegische Ratspräsidentschaft dazu auf, das Phänomen in all seinen Aspekten verstärkt zu bekämpfen und zu diesem Zweck auch die Konvention des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels zu ratifizieren. Das Problem müsse von allen Ostseeanrainerstaaten gemeinsam angegangen werden, so dass Erfahrungen geteilt und gezielte Maßnahmen ergriffen werden könnten. Mit diesem komplexen Problem beschäftigten sich im Ostseerat drei Expertengremien. Er begrüße es, dass sich auch die BSPC mit diesem Thema befasse. In diesem Zusammenhang sei besonders zu erwähnen, dass die Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz „Zivile Sicherheit und Bekämpfung des Menschenhandels“ die entsprechende Expertengruppe des Ostseerates auf vielfältige Weise unterstütze und wertvolle Beiträge zu ihrer Arbeit geleistet habe. Zum Beispiel könne das gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (United Nations Office on Drugs and Crime/UNODC) durchgeführte Projekt zur Förderung der zivilen Sicherheit und zur Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung im Hinblick auf die Verhütung und Bekämpfung

fung des Menschenhandels in der Ostseeregion gute Erfolge aufweisen. Die Staaten der Ostseeregion müssten ihre gemeinsame Verantwortung erkennen und sich den Herausforderungen, die mit der Öffnung der Grenzen entstanden seien, stellen. Im Hinblick auf das dritte Ziel der norwegischen Ratspräsidentschaft – die Durchführung von Reformen und die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur des Ostseerates – sollten vor allem die Außenwirkung und die Effizienz des Ostseerates gestärkt werden. Eric Lahnstein schloss seine Ausführungen, indem er betonte, dass Norwegen und der Ostseerat der Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz große Anerkennung zollten und die parlamentarische Unterstützung und den Beitrag der BSPC zu der Bewältigung der Probleme in der Ostseeregion als hilfreich und als in jeder Hinsicht wichtig betrachteten.

Diana Wallis, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, wies darauf hin, dass sich das Europäische Parlament in den vergangenen Jahren aktiv und engagiert an der Ausarbeitung einer Politik für die Ostseeregion beteiligt habe. Mit der Einleitung der EU-Ostseestrategie im vergangenen Herbst sei eine wichtige parlamentarische Initiative ins Leben gerufen worden, die unter Beweis stelle, was erreicht werden könne, wenn Parlamentarier gemeinsam ein Ziel verfolgten und sich mit allem Nachdruck für dessen Verwirklichung einsetzten. Obwohl noch viele Probleme und Besorgnisse auszuräumen seien, sei sie von dem Erfolg der Ostseestrategie überzeugt. Bedauerlicherweise fehlten für fast 80 Prozent der grenzüberschreitenden Kooperationsprojekte jedoch noch ausreichende Finanzmittel. Sie stimme mit der Vorsitzenden der BSPC überein, dass das hohe Maß an grenzüberschreitender parlamentarischer Zusammenarbeit eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der im Rahmen der EU-Ostseestrategie vorgestellten Flaggschiffprojekte sei. Diese Zusammenarbeit sei gleichzeitig ein Hinweis darauf, dass die Parlamentarier nicht nur die parlamentarische Kontrolle über die Realisierung der Projekte, sondern auch die Fortführung von Dialog und tatkräftiger Umsetzung mit allem Nachdruck betrieben.

Anne Christine Brusendorff, die Exekutivsekretärin der Helsinki-Kommission (HELCOM), befasste sich mit der Umsetzung des von den Umweltministern der Ostseeanrainerstaaten im Jahre 2007 verabschiedeten Ostsee-Aktionsplans zum Schutze der Meeresumwelt. Basierend auf vier thematischen Schwerpunkten konzentrierte sich der Aktionsplan im Wesentlichen auf den ökologischen Zustand der Ostsee. Alle Eingriffe in das Ökosystem der Ostsee sollten zukünftig in ihrer Gesamtheit betrachtet und gezielte Maßnahmen auf dieser Grundlage getroffen werden. Beginnend mit dem Jahre 2007 seien die Mitgliedstaaten aufgefordert worden, nationale Implementierungspläne vorzulegen und über deren Umsetzung und Vereinbarkeit mit anderen Projekten zu berichten. Auf dem Ministertreffen der HELCOM-Umweltminister im Mai 2010 in Moskau sei eine Erklärung verabschiedet worden, die zahlreiche wichtige Aktionen enthalte. Als Beispiel nannte sie Maßnahmen zur Verringerung der Einträge von Stickstoff und Phosphor, um die Eutrophie-

rung der Ostsee zu bekämpfen. Der Ostsee-Aktionsplan sei ein ehrgeiziges Projekt. Der revolutionäre Aspekt dieses Plans, so die Exekutivsekretärin, liege darin, dass er ausgehend von einem klar formulierten Paket an ökologischen Zielen die von allen Teilnehmern angestrebte Vision einer gesunden Ostsee widerspiegele. Zu den Zielen gehörten die Reinheit des Wassers, eine Beendigung der übermäßigen Algenbildung und die Erhaltung eines lebensfähigen Artenreichtums in der Ostsee. Frau Brusendorff wies auf die vielfältigen Funktionen der Ostsee als reiches Ökosystem hin und auf eine kürzlich von der schwedischen Regierung vorgestellte Studie, in der dargelegt werde, dass sich der wirtschaftliche Gewinn einer sauberen Ostsee ohne Eutrophierung auf bis zu 5 Milliarden Euro pro Jahr belaufen würde. Diese Zahl betreffe nur die Auswirkungen der Eutrophierung. Sie beschrieb die Rolle von HELCOM als die einer Brücke zwischen Wissenschaft und Politik im Hinblick auf die Ausarbeitung von Maßnahmen, die insbesondere die spezielle Gefährdung und die besonderen Umweltprobleme der Ostsee im Blick hätten.

Jaakko Henttonen, Direktor bei der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und zuständig für den Bereich Umweltpartnerschaft im Rahmen der Nördlichen Dimension (NDEP), ging in seinem Vortrag auf die Gemeinsamkeiten der Umweltpartnerschaft der Nördlichen Dimension und der EU-Ostseestrategie ein. Im Hinblick auf eine gute Koordinierung beider Projekte arbeite die NDEP eng mit HELCOM und anderen regionalen Organisationen zusammen. Die EU-Ostseestrategie sei eine wesentliche Richtschnur für diese Zusammenarbeit. Die intensive Zusammenarbeit mit Russland nach der Verabschiedung des nationalen Aktionsprogramms von HELCOM sei Schritt für Schritt weiter ausgebaut worden. Russland habe bei konkreten Projekten, z. B. der Wasseraufbereitungsanlage in Sankt Petersburg, große Fortschritte gemacht. Seit die Anlage im Jahr 2005 ihren Betrieb aufgenommen habe, habe sich die Kapazität der Stadt bezüglich der Abwasserbehandlung um 85 Prozent erhöht. Die Federführung für dieses Projekt liege beim russischen Partner. Herr Henttonen ging ferner auf die besorgniserregende Planktonzunahme seit 2002 im Golf von Finnland und auf die starke Phosphorbelastung der Ostsee ein. Es sei zu begrüßen, dass sich nun auch die Republik Belarus an den Aktivitäten der Politik der Nördlichen Dimension beteilige. Sowohl Belarus als auch Russland benötigten weitere effiziente städtische Abwasseraufbereitungsanlagen, wobei besonders Kaliningrad als dringliches Projekt in dieser Hinsicht zu nennen sei. Er berichtete von einer Verständigung mit den Behörden in Kaliningrad und von Investitionen durch internationale Finanzpartner nach international vereinbarten Verfahren. Ziel sei es, die Anlagen bis zum Jahre 2012 erfolgreich aufzubauen. Die Projekte trügen zur Verhinderung einer weiteren Verschlechterung der städtischen Wassersysteme und der entsprechenden Dienstleistungen bei, zu einer besseren städtischen Verwaltung und der Weitergabe von *know-how* und Finanzierungs- und Managementfähigkeiten, die als Nebenprodukte dieser Projekte besonders zu begrüßen seien. Abschließend ging Herr Henttonen auf

das Finanzierungssystem der Umweltpartnerschaft im Rahmen der Nördlichen Dimension ein, welches als wirksames Modell für eine internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage einer Kofinanzierungsstruktur anerkannt sei. Dazu gehörten Kredite, Zuschüsse und lokale Finanzierungsmittel. Die Struktur des NDEP sei sehr transparent; die in den Projekten festgelegten nationalen Ziele würden in regionale und kommunale Aktivitäten bis hin zur Bürgerebene aufgeteilt. Jeder Haushalt und jedes Unternehmen seien gleichermaßen verantwortlich für das gemeinsame Anliegen, eine sauberere Ostsee zu schaffen.

Als Vertreter der Europäischen Kommission sprach **Jean-Marc Venineaux** von der Generaldirektion Regionalpolitik. Er gab in seinem Vortrag einen Überblick über die EU-Ostseestrategie, ihre Weiterentwicklung, die Evaluierung der einzelnen Projekte und die an sie gestellten Erwartungen. Die Strategie und das Aktionsprogramm, die vom Europäischen Rat im Oktober 2009 mit 80 einzelnen Aktionsprojekten verabschiedet worden seien, seien auf sehr konkrete Ziele ausgerichtet. Vier zusätzliche Partner habe man für die Strategie gewinnen können: Island, Norwegen, Belarus und Russland. Der Kontakt zu diesen Ländern sei nützlich, positiv und ermutigend. Zu erwarten sei, dass die Zusammenarbeit in vielen Bereichen der Strategie weiter ausgebaut werde. Er beschrieb die EU-Ostseestrategie als die erste makro-regionale Strategie in der EU, die basierend auf dem Prinzip vereinbart worden sei, dass keine neuen EU-Institutionen, keine neuen EU-Finanzierungsmechanismen und keine neue EU-Gesetzgebung geschaffen werden sollten. Die Strategie sollte als eine Maßnahme zur Stärkung der bestehenden Gesetze und Institutionen gesehen werden und eine optimale Nutzung der bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten gewährleisten. Hauptaufgabe während der ersten neun Monate in der Umsetzungsphase sei es, die notwendigen Strukturen zu schaffen, um die Organisation der Prioritäten zu ermöglichen und zu gewährleisten, dass die Flaggschiffprojekte in Gang gesetzt würden. Die Strategie nutze bestehende Strukturen auf pragmatische und flexible Art und Weise. Wichtig sei es, alle Akteure in der Region an einen Tisch zu bringen. Von allen acht teilnehmenden Staaten seien nationale Kontaktstellen in der Region festgelegt worden, die bei der Umsetzung der Strategie auf nationaler Ebene tätig würden. Mit Hilfe der vorrangigen Umweltbereiche verfolge die Strategie auch das Ziel, einen unterstützenden Rahmen für die HELCOM-Aktivitäten zu schaffen sowie eine Grundlage für die Weiterverfolgung der Aktivitäten der Ostsee-Aktionsgruppe. Aufgrund ihrer starken maritimen Komponente sei die Strategie auch ein wichtiger Teil des Prozesses bei der regionalen Umsetzung der Integrierten Maritimen Politik der Europäischen Union in der Ostseeregion und diene als Plattform zur Schaffung einer maritimen Gemeinschaft in der Region. Herr Venineaux erinnerte daran, dass die Strategie kein Finanzierungsinstrument sei, sondern dass vielmehr eine Reihe von Finanzierungsmöglichkeiten aus den verschiedensten Quellen mobilisiert werden müssten. Er zeigte sich besorgt, dass sich die Finanzierung schwieriger als erwartet darstellen könne. Ein systematischer Ansatz in Hinblick auf die

Harmonisierung der politischen Maßnahmen sollte ebenfalls erfolgen, um zu gewährleisten, dass sektorale Politiken die speziellen Merkmale der Ostseeregion gebührend berücksichtigten. Um den hochrangigen politischen Druck weiter aufrecht zu erhalten, sollten Plattformen für führende Politiker der Region geschaffen werden, die ihnen die Möglichkeit gäben, sich am politischen Dialog über die Umsetzung und die Zukunft der Strategie zu beteiligen. Ein nachdrückliches politisches Engagement sei notwendig.

Matthias Bergmann, Generalsekretär der Aktionsgruppe Ostsee, berichtete über die Arbeit dieser privaten Stiftung, die sich im Wesentlichen in Bereichen betätige, die in engem Zusammenhang mit dem HELCOM-Aktionsplan stünden. Als eine der größten Gefährdungen der Ostsee bezeichnete auch er die Eutrophierung. Eine weitere große Gefahr sei der zunehmende Schiffsverkehr auf der Ostsee. Mehr als 2 000 Schiffe seien dort zu jedem Zeitpunkt in Bewegung. Man erwarte, dass sich der Schiffsverkehr bis zum Jahre 2015 auf 3 500 Schiffe erhöhe. Davon seien 25 Prozent Öltanker oder Tanker, die Chemikalien transportierten. Das generelle Risiko von Schiffsunglücken steige, gleichzeitig würden die Besatzungen der Schiffe immer weiter abgebaut. Vor diesem Hintergrund seien übermüdete Seeleute keine Seltenheit. Daher sei es von größter Bedeutung, sowohl die technischen Anlagen als auch die Situation der Seeleute dringend zu verbessern. Herr Bergmann würdigte den Ostsee-Aktionsgipfel als eine innovative Initiative, die sich das Ziel gesetzt habe, konkrete und verbindliche Verpflichtungen durch private und öffentliche Akteure zur Verbesserung des Zustands der Ostseeregion herbeizuführen. Der erste Gipfel dieser Art im Februar 2010 könne als Erfolg bezeichnet werden, nachdem sich die teilnehmenden Akteure auf 147 Verpflichtungen verständigt hätten, die sie umsetzen wollten. In Bezug auf die Verkehrsüberwachung auf der Ostsee bezeichnete er es als dringend notwendig, die unterschiedlichen Überwachungs- und Kontrollsysteme besser aufeinander abzustimmen. In diesem Zusammenhang könne das neue automatische Identifizierungssystem (AIS) erheblich zu einer Verbesserung der Sicherheit des Schiffsverkehrs beitragen.

In der anschließenden Debatte wies die Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz, Abgeordnete **Christina Gestrin** (Finnland), darauf hin, dass unverzügliche Maßnahmen zur Bewältigung des Problems der Eutrophierung, insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Transport und Industrie, erforderlich seien. Ihrer Auffassung nach sei der Lebensstil der Menschen der Hauptgrund für die Belastung der Ökosysteme.

Der als Gast eingeladene Abgeordnete des Parlaments von Belarus, **Michel Orda**, äußerte die Hoffnung, dass auch die BSPC der Republik Belarus in Zukunft Beobachterstatus einräumen werde. Belarus sei sehr an einer Zusammenarbeit mit der BSPC interessiert, da es viele Anknüpfungspunkte und gemeinsame Interessen gebe. Mehr als die Hälfte des Außenhandels der Republik Belarus erfolge mit den Ostseeanrainerstaaten. Er informierte die Parlamentarier darüber, dass im Parlament von Bela-

rus im Jahre 2010 ein ständiger Ausschuss eingesetzt worden sei mit der Aufgabe, Kontakte zur Ostseeparlamentarierkonferenz herzustellen und weiter auszubauen. Darüber hinaus schätze Belarus sehr die Möglichkeiten einer Beteiligung an der Partnerschaft der Nördlichen Dimension mit Blick auf Umweltprojekte, Projekte der öffentlichen Gesundheit und der sozialen Wohlfahrt sowie hinsichtlich Transport- und Logistikfragen.

Die Abgeordnete **Sinikka Bohlin** (Schweden) verwies auf die fast 20 Jahre, die seit der ersten Ostseeparlamentarierkonferenz vergangen seien und fragte, welche Erfolge die Konferenz seit dieser Zeit aufweisen könne. Sie erklärte, dass den Parlamentariern der Ostseeregion viele Möglichkeiten und Instrumente zur Verfügung stünden, um sich den Herausforderungen in der Region zu stellen. Dazu gehörten auch der HELCOM-Aktionsplan und die EU-Ostseestrategie. Zu klären sei jedoch, wie die Umsetzung dieser Programme und Pläne eigentlich verlaufe und wie erfolgreich sie seien. Sie forderte hierzu verstärkte Diskussionen sowohl in den nationalen Parlamenten als auch auf den Ostseeparlamentarierkonferenzen. Gleichzeitig sei zur Umsetzung der genannten Programme und Projekte eine engere Verknüpfung zwischen der EU-Ostseestrategie und der Politik der Nördlichen Dimension erforderlich. Eine ausgeprägte parlamentarische Beteiligung an der Politik der Nördlichen Dimension sei wünschenswert.

Der Abgeordnete **Vatanyar Yagyar** (Regionalparlament Sankt Petersburg) schlug vor, die regionalen Parlamente und ihre Arbeit mehr in den Vordergrund zu stellen, da sie an erster Stelle für die Umsetzung von Gesetzen auf regionaler Ebene und für die Finanzierung zuständig seien. Gleichzeitig beklagte Herr Yagyar, dass die Politik der Nördlichen Dimension und die EU-Ostseestrategie zu isoliert voneinander gesehen würden. Er beklagte auch, dass für viele Projekte der Nördlichen Dimension keine ausreichende Finanzierung sichergestellt sei und setzte seine Hoffnung auf die internationalen Finanzinstitutionen und deren Engagement für die Politik der Nördlichen Dimension. Eine Harmonisierung der Umweltgesetze in der Ostseeregion sei ebenfalls ein sinnvoller Ansatz, um zu mehr und effizienterer Zusammenarbeit der Staaten untereinander zu gelangen. Herr Yagyar sprach sich auch für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Universitäten in der Ostseeregion aus, insbesondere zwischen der Universität Sankt Petersburg und den finnischen Universitäten.

Die schwedische Abgeordnete **Anita Brodén** äußerte ihre Besorgnis über die starke Verschmutzung der Ostsee durch Abwässer, die aus verschiedenen Abwässersystemen, Privathaushalten, aber auch von Schiffen und der Industrie in die Ostsee gelangten. Sie würdigte die von Åland in diesem Bereich unternommenen Anstrengungen zur Behandlung des Problems der Abwässer aus dem Schiffsverkehr und schlug vor, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich speziell mit dem Thema Abwassereinleitung in die Ostsee befassen solle.

Der Abgeordnete **Georgy Leontiev** (Russische Duma) erklärte, für Russland sei das Problem des Klimawandels

ein sehr wichtiges Anliegen. Mit großer Besorgnis habe man zur Kenntnis genommen, dass es auf dem Umweltgipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 zu keiner Einigung gekommen sei, was besonders angesichts des Ablaufs des Kyoto-Protokolls sehr bedauerlich sei. Seiner Meinung nach sei auch die von der EU vorgeschlagene Treibhausgasverringerung bis zum Jahre 2020 um 30 Prozent der Menge des Referenzjahres 1990 nicht ausreichend. Erst eine weitere Reduzierung um 15 Prozent würde wirklich Sinn machen. Russland habe ein Gesetz zur Energieeffizienz verabschiedet, welches die Kyoto-Prinzipien im vollen Umfang aufgreife. Bei der Umsetzung dieses Gesetzes komme den Städten und Kommunen eine wesentliche Rolle zu. Russland sei bereit, in diesem Bereich umfassende finanzielle Investitionen vorzunehmen. Der in Leningrad eingerichtete Technopark mache gute Fortschritte, gleichzeitig sei aber weitere Unterstützung für dieses Projekt, welches nur saubere Technologien verwende, erforderlich. Auch das Thema nukleare Energie als zukünftiger Energieträger spiele in den Beratungen der russischen Duma eine wichtige Rolle. Abschließend ging Abgeordneter Leontiev auf die verheerenden Waldbrände im vergangenen Sommer in Russland ein und forderte im Bereich der Katastrophenbewältigung zu mehr Zusammenarbeit auf. Angesichts der Hilflosigkeit der Menschen bei dieser Katastrophe könne man nur immer wieder darauf hinweisen, dass jede Unterstützung und jede Zusammenarbeit bei einer solchen Umweltkatastrophe oberste Priorität haben müsse. Möglicherweise sei auch eine gemeinsame Rettungseinsatzgruppe auf europäischer Ebene vorstellbar, die bei solchen Notfällen eingesetzt werden könnte. Dies wäre eine Möglichkeit, schneller und effizienter Hilfe für die Betroffenen zu gewährleisten.

Der Abgeordnete **Antti Kaikkonen** (Finnland) bestätigte, dass die Verschmutzung der Ostsee eine nicht zu leugnende Tatsache sei, dass aber schon kleine Veränderungen im tagtäglichen Leben große Verbesserungen der Wasser- und Umweltqualität bringen könnten. Er stimmte jenen Rednern zu, die sich für mehr Beteiligung der nationalen und regionalen Parlamente bei der Ausarbeitung von Projekten zum Schutz der Ostsee und bei der Umsetzung dieser Projekte ausgesprochen hatten. Er stellte auch fest, dass wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz nicht notwendigerweise einander ausschließen, sondern dass viele Umweltprojekte neue Arbeitsplätze, z. B. im Bereich der erneuerbaren Energien, schaffen können. Veränderte Verhaltensweisen der Menschen, der Gemeinschaften und Unternehmen seien jedoch eine Voraussetzung zur Verbesserung der Lage. Mehr Energieeffizienz, möglichst wenig Verschmutzung und eine Wiederverwendung der Ressourcen könnten einen großen Teil hierzu beitragen.

Der Abgeordnete **Franz Thönnies** (Deutschland) bekräftigte die Ansicht seiner Vorredner, dass den Parlamentariern eine wichtige Rolle beim Umweltschutz in der Ostseeregion zukomme. Ebenso sei aber auch der wachsenden Entwicklung grenzüberschreitender Arbeitsmärkte, sozialer Sicherheit und fairer Arbeitsbedingungen die Aufmerksamkeit zu widmen. Dabei ging er bei

seinen Ausführungen auch auf das Netzwerk der Arbeitgeber und Gewerkschaften in der Ostseeregion (Baltic Sea Labour Network – BSLN) ein, welches als EU-Ostsee-Strategie-Flaggschiff-Projekt mit dem Ziel geschaffen worden sei, grenzüberschreitende Arbeitsplatzmobilität im Rahmen sicherer Bedingungen zu fördern und die Sozialpartnerschaft sowie den sozialen Dialog zwischen Politik und Sozialpartnern zu entwickeln und auszubauen. Er unterstrich die Notwendigkeit, in den Parlamenten das Bewußtsein für die Probleme der Ostseeregion zu schärfen, Vorschläge und Forderungen der Ostseeparlamentarierkonferenz in jedem einzelnen Parlament der Mitgliedstaaten zu debattieren und die Regierungen aufzufordern, sich dazu zu verhalten. Die regionale parlamentarische Zusammenarbeit müsse zudem weiter ausgebaut und verstärkt werden.

Eric Lahnstein als Vertreter der amtierenden norwegischen Präsidentschaft im Ostserat bestärkte die Parlamentarier in ihren Anstrengungen, zur Verbesserung der Umweltsituation in der Ostseeregion beizutragen. Der parlamentarische Beitrag solle sich auf möglichst konkrete Ziele beziehen. Er versprach, dass der norwegische Vorsitz alle vorgelegten Vorschläge erörtern werde und unterstrich abschließend erneut, wie wichtig es sei, dass die Parlamentarier ihre Regierungen nachdrücklich und gezielt auf die Belange der Ostseeregion aufmerksam machten und konkretes Handeln von diesen einforderten.

IV Zweiter Sitzungsabschnitt „Auswirkung des Klimawandels auf die Biodiversität in der Ostseeregion“

Eric Bonsdorff, Professor an der ABO Akademie (Finnland), befasste sich in seinem Vortrag mit dem Zusammenhang zwischen Klimawandel und biologischer Vielfalt. Er wies darauf hin, dass die Temperaturen auf der Erde in den nächsten 70 bis 80 Jahren um zwei bis vier Grad steigen würden. Dies sei ein rasch fortschreitender Prozess, dem entgegen gewirkt werden müsse, weil sonst katastrophale Folgen für die biologische Vielfalt zu befürchten seien. Die biologische Vielfalt werde oft als Maßstab für die Gesundheit eines Ökosystems gesehen. Diese Gesundheit stehe jedoch auf dem Spiel. Eric Bonsdorff äußerte die Befürchtung, dass die gesamte Fischerei zusammenbrechen könne, wenn die Fischbestände nicht geschützt würden und man nicht verhindere, dass mit dem Temperaturanstieg die Auswirkungen schädlicher Substanzen auf die biologische Vielfalt im Meer noch weiter zunehmen. Auch der schlechte ökologische Zustand der Ostsee sei direkt mit dem Klimawandel verbunden. Ausgewiesene Meeresschutzgebiete seien erforderlich, wenn man verhindern wolle, dass das Algenwachstum zunehme und bestimmte Kaltwasserfischarten gefährdet würden. Viele Fischarten würden mehr oder weniger ganz aussterben während andere zunehmen. Eine völlige Veränderung der Ostseefischerei sei zu erwarten. Es sei sehr problematisch, dem Klimawandel mit individuellen und isolierten Maßnahmen entgegen zu wirken. Landwirtschaft, Fischerei, Schifffahrt und Forstwirtschaft seien Bereiche, in denen ein Umdenken hinsichtlich der

Arbeitsmethoden und deren Auswirkungen stattfinden müsse. Professor Bonsdorff betonte, dass in diesen Bereichen bereits viel Forschungsarbeit geleistet werde und dass HELCOM eine enorme Aufgabe bei der Zusammenführung der gewonnenen Ergebnisse übernommen habe. Abschließend wies Professor Bonsdorff darauf hin, dass die Einrichtung von Ostseeschutzgebieten, die als Keimzelle für Biodiversität und als Rückzugsraum bedrohter Arten fungieren würden, erste Abhilfemaßnahmen sein könnten.

Anne Christine Brusendorff, Exekutivsekretärin HELCOM, betonte in ihren Ausführungen ebenfalls, dass ein Artenverlust gerade für die Ostsee als vergleichsweise artenarmes Meer gravierende Auswirkungen haben würde. Der Ostsee-Aktionsplan sei ein ehrgeiziger Ansatz, der die Zusammenhänge zwischen den Tätigkeiten der Menschen und deren Auswirkungen auf das Ökosystem genauer betrachte. Er enthalte maßgeschneiderte Maßnahmen und Aktionen zur Bekämpfung der Eutrophierung der Ostsee, zur Verringerung der Einleitung schädlicher Substanzen in das Wasser, zur Verbesserung der Artenvielfalt und zum Erhalt von Flora und Fauna in der Region. Zwar könne festgestellt werden, dass sich der Grad der Verschmutzung in den vergangenen Jahren verringert habe, aber weitere Anstrengungen seien unerlässlich, um eine weitere Erholung von Flora und Fauna zu bewerkstelligen. Besonders belastend für die Ostsee seien die kommerzielle Fischerei und der Schifffahrtverkehr. Die BSPC müsse ihre Möglichkeiten nutzen, um in der Ostseeregion eine Harmonisierung der Raumplanung in die Wege zu leiten, Daten über den Zustand der Ostsee zu sammeln und sie in eine einheitliche Erhebung zu integrieren. Die Exekutivsekretärin schloss ihre Ausführungen mit dem Hinweis, dass es höchste Zeit sei, für den aktuellen bedenklichen Zustand der Ostsee Abhilfe zu schaffen und gemeinsam und einvernehmlich nach Lösungen zu suchen.

Maria Staniszewska, Ökologischer Verein Gleiwitz, Polen, bezeichnete Klimawandel, Eutrophierung und Verlust der Artenvielfalt als interagierende Faktoren. Die Kombination von abnehmendem Salzgehalt und steigender Temperatur werde ganz eindeutig den allgemeinen Zustand der benthischen Lebewesen und ihre Fähigkeit, sich an Stressfaktoren, z. B. niedrigen Sauerstoffgehalt aufgrund chemischer Verseuchung, anzupassen, beeinträchtigen. Die Eutrophierung bedeute eine direkte Gefahr für die Gesundheit des Ökosystems der Ostsee. Durch die Eutrophierung werde das Wachstum von Algen und Blaualgenblüten bis zu einem Punkt getrieben, an dem das System zusammenbrechen werde. Zur Abwendung dieses Zusammenbruchs forderte Frau Staniszewska die umfassende Umsetzung aller Vereinbarungen im Rahmen des HELCOM-Ostseeaktionsplans, insbesondere die Verringerung von Schadstoffeinträgen. Verstärkte Maßnahmen könnten auch darin bestehen, die Abwassersysteme in ländlichen Gebieten zu verbessern und generell Schadstoffeinträge aus der Industrie, der Landwirtschaft und den Kommunen auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ der Ostseeparlamentarierkonferenz, Abgeordneter **Jochen Schulte** (Landtag Mecklenburg-Vorpommern), stellte den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe vor. Einleitend wies er darauf hin, dass in der Ostseeregion rund 100 Millionen Menschen lebten, die etwa 11 Prozent des europäischen Bruttoinlandproduktes erwirtschafteten. Ein großer Teil dieser Wirtschaftsleistung stamme aus Aktivitäten auf und im Meer sowie im Küstenbereich. In den vergangenen Jahrzehnten habe sich gezeigt, dass sich die verschiedenen Bereiche, wie maritime Wirtschaft, Seeverkehr, Energieerzeugung, aber auch Fischerei und Tourismus viel zu lange getrennt voneinander entwickelt hätten mit der Folge, dass die Meere einer immer intensiveren Nutzung durch und für diese Sektoren ausgesetzt seien.

Abgeordneter Jochen Schulte erläuterte, dass die Arbeitsgruppe, der 20 Abgeordnete aus 17 nationalen und regionalen Parlamenten sowie parlamentarischen Vereinigungen angehörten, sich im Januar 2010 in Rostock konstituiert und die zu behandelnden Fragen festgelegt habe. Als Kernpunkte für die Arbeit des ersten Jahres seien die Bereiche Verkehr, Umwelt- und Naturschutzaspekte, maritime Raumordnung sowie Infrastruktur von Häfen und deren Anbindung an das Hinterland festgelegt worden. Gemeinsame Beratungen mit Vertretern des Europäischen Parlaments und des Ausschusses der Regionen, mit Vertretern der Europäischen Kommission sowie internationaler und regionaler Organisationen seien für die Arbeit der Arbeitsgruppe aufschlussreich und anregend gewesen.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe könnten wie folgt zusammengefasst werden: Im Hinblick auf die maritime Raumordnung sei immer wieder zu betonen, dass in Zukunft eine gemeinsame Raumplanung für die gesamte Ostseeregion erforderlich sei, um grenzüberschreitende Interessenkonflikte möglichst ausschalten zu können. Es sei zu bedauern, dass der maritimen Raumordnung als effektives Planungsinstrument zur Zeit noch zu wenig Beachtung geschenkt werde. Die Diskussionen über die Infrastruktur der Häfen und deren Hinterlandanbindung seien eng verknüpft mit der Frage der transeuropäischen Verkehrsachsen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen hänge maßgeblich von ihrer Funktion und ihren Dienstleistungen, ihrer geographischen Lage sowie von ihrer Hinterlandanbindung ab. Es sei offensichtlich, dass die weltweiten Warenströme hauptsächlich durch immer größere Schiffe bewältigt würden, und deshalb sei es auch eine folgerichtige Empfehlung, wichtige Häfen der Ostseeregion strategisch und multimodal zu entwickeln und diese an das europäische Kernverkehrsnetz an Land und auf See anzubinden. Dabei müsse auch das russische Verkehrsnetz mit einbezogen werden.

Die Ausweisung der Ostsee als Schwefelüberwachungsgebiet (SECA) sei grundsätzlich zu begrüßen. Zu berücksichtigen sei jedoch, dass höhere Treibstoffkosten auch zu einer Verlagerung des Gütertransports von der See auf die Straße führen könnten. Es sei unbedingt erforderlich, dass auch andere europäische Meeresregionen zu Überwa-

chungsgebieten erklärt würden, damit regionale Wettbewerbsnachteile vermieden werden könnten. Die Arbeitsgruppe habe insbesondere den Kurzstreckenseeverkehr als eine relativ umweltfreundliche und preiswerte Transportform gegenüber dem Landverkehr betont. Ein weiteres Thema des Berichtes sei die Harmonisierung der Datenübermittlung, die stringente Verkehrsüberwachung sowie der verbindliche Einsatz von Lotsen in schwierig zu befahrenden Seegebieten. Die existierenden Schiffsüberwachungs- und Verkehrsleitdienste sollten im Hinblick auf eine lückenlose Verkehrsüberwachung und -lenkung für die gesamte Ostseeregion verstärkt harmonisiert und die nationalen Systeme kompatibler gemacht werden. Auch wenn technische Verbesserungen eine Menge bewirken könnten, so sei weiterhin daran festzuhalten, dass ein verbindlicher Einsatz von Lotsen zusätzliche Sicherheit bringe. Dies gelte nicht für den Kurzstreckenseeverkehr. Hier habe die Arbeitsgruppe geprüft, inwieweit der Einsatz von Lotsen notwendig sei, wenn das Schiffsführungspersonal über gute Kenntnisse der zu befahrenden Strecken verfüge. Damit könne die Wettbewerbsfähigkeit von kleineren Unternehmen gestärkt und Abfertigungs- und Fahrzeiten verkürzt und somit Kosten eingespart werden. Eine weitere Maßnahme zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sei eine einheitliche Sprache im Schiffsverkehr und eine Standardisierung des Zoll- und Besteuerungsverfahrens.

Für das zweite Jahr werde sich die Arbeitsgruppe auf neue Schwerpunkte verständigen. Hierzu zählten unter anderem die Möglichkeiten des Einsatzes moderner Schiffsbetriebstechniken, insbesondere zur Reduzierung des Treibstoffverbrauches und zur Verminderung von Emissionen, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Häfen untereinander sowie die Nutzung der maritimen Raumordnung als verbindliches Planungsinstrument für den Bau und die Nutzung von Infrastruktureinrichtungen. Dem *Clean Baltic Shipping* sollte mehr Beachtung geschenkt werden, weil es für die Ostseeregion einen wichtigen Wettbewerbs- und Standortvorteil darstellen könne. Abschließend wies Abgeordneter Jochen Schulte darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit der zuständigen Sachverständigenengruppe „Maritime Politik“ des Ostseerates sehr gut verlaufen sei und es für die Mitglieder der Arbeitsgruppe interessant gewesen sei zu erfahren, welche Themen im Vordergrund der Arbeit dieser Arbeitsgruppe stünden.

Werner Kuhn, Mitglied des Europäischen Parlaments, gab einen Überblick über die Integrierte Maritime Politik der Europäischen Union. Er beschrieb deren Ziele als sektorenübergreifend und auf eine offene Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen politischen Bereichen ausgerichtet. Dazu gehörten die maritime Raumplanung als Prozess zur Förderung einer vernünftigen und nachhaltigen Nutzung der Meere, die Suche nach einem Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Interessen einschließlich der Umweltaspekte und der Verbesserung des Entscheidungsprozesses. Obwohl die EU-Staaten nicht verpflichtet seien, eine maritime Raumplanung durchzuführen, fördere die Europäische Kommission den Prozess als einen stabilen und transparenten Weg zur Ver-

besserung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft in der EU und zur Bewältigung komplexer, grenzüberschreitender Fragen wie z. B. der Auswirkungen des Klimawandels. Die Integrierte Maritime Politik sei ein holistischer Ansatz in Bezug auf die maritime Entwicklung, die auch Energiefragen, Raumplanung, Fischerei, Emissionsverringerung sowie Transport- und Tourismusfragen mit einbeziehe.

Tero Jokilehto, Vertreter des finnischen Ministeriums für Verkehr und Kommunikation, kritisierte in seinen Ausführungen, dass es ein Übermaß an Regulierungen für die Schiffsindustrie und den Seeverkehr gebe. Kontrolle und Beratung seien unbedingt erforderlich, aber Kontrolle und Vorschriften seien nur dann erfolgreich, wenn sie überschaubar blieben und effizient seien. Für einen einzelnen Reeder sei es oft sehr schwierig, allen Vorschriften nachzukommen und immer auf dem neuesten Stand zu sein. Zudem gälten in vielen Häfen unterschiedliche Regulierungen, was die Sache nicht einfacher mache. Herr Jokilehto betonte auch, dass, obwohl die Ostsee eines der meist befahrenen Meere der Welt sei, die Zahl der Schiffsunfälle drastisch zurückgegangen sei, insbesondere in stark frequentierten Bereichen wie dem Golf von Finnland. Herr Jokilehto schlug vor, die Kontrolle der Vorschriften und deren Wirksamkeit und Umsetzung in die Hände der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) zu legen, denn dies sei die Organisation, die am besten für die Regelung des internationalen Seeverkehrs geeignet sei.

Dr. Carsten Jürgensen, Koordinator für das von HELCOM ins Leben gerufene BRISK-Projekt (*Sub-regional risk of spill of oil and hazardous substances in the Baltic Sea/Schadstoffunfall-Risiken in der Ostsee*), stellte dieses Projekt vor, das im Rahmen der EU-Ostseestrategie durchgeführt werde, um die Ostsee vor größeren Havarien und Unfällen besser zu schützen und ausreichende Notfallkapazitäten vorzuhalten. Er wies darauf hin, dass auch die Russische Föderation indirekt über weitere Programme an diesem Projekt beteiligt sei. Wichtige Planungsunterlagen für dieses strategische „Leuchtturmprojekt“ seien Risikoanalysen, die Evaluierung möglicher Auswirkungen und die Erarbeitung von Maßnahmen zur Havariebekämpfung sowie Verfahren, um Schadstoffaustritte und Unfälle so effizient wie möglich bewältigen zu können. Als eines der Hauptprobleme nannte er den in letzter Zeit immer weiter zunehmenden Seeverkehr mit immer größeren Schiffen, der auch die Schutzgebiete in der Ostsee gefährde. Ein weiteres Gefährdungspotenzial für den Schiffsverkehr seien die Eisberge in den nördlichen Breiten. Er forderte die Ostseeanrainerstaaten auf, gemeinsame Investitionspläne zu erarbeiten und grenzüberschreitende subregionale Einsatzkapazitäten zur gemeinsamen Nutzung aufzubauen.

Bernd Voss, Mitglied des Landtags Schleswig-Holstein, ging in seinen Ausführungen auf die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten von Sankt Petersburg und Kiel ein, die bereits seit den 1920er Jahren existiere. Diese Zusammenarbeit sei ein gutes Beispiel für die Kontakte zwischen den Menschen, die charakteristisch für die

Region seien. Er beklagte, dass es weder den Fischbeständen noch der Fischindustrie in der Region besonders gut gehe und forderte verstärkte parlamentarische Maßnahmen zur Verbesserung dieses Zustands.

In der anschließenden Plenardiskussion wurden von russischer Seite mehr Informationen über mögliche Gefahrenquellen für den Schiffsverkehr gefordert, es wurde aber auch auf unzureichende Ausbildung und Erfahrung des Schiffspersonals hingewiesen. Die Abgeordnete **Valentina Pivnenko** (Russische Duma) erklärte, dass Russland gemeinsam mit Estland und Finnland an einem System arbeite, mit dessen Hilfe die Zahl der Schiffsunfälle im Golf von Finnland weiter reduziert werden könne. Angesprochen wurde von schwedischer Seite auch die Wettbewerbsfähigkeit in der Region, und es wurde vorgeschlagen, dass die Arbeitsgruppe „Integrierte Maritime Politik“ dieser Frage auch unter der Perspektive Industrie und Schifffahrt nachgehen solle. Insgesamt solle mehr getan werden, um die Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit in der Ostseeregion zu verbessern. In Bezug auf die Energieeffizienz wurden mehr Forschung und Lösungsvorschläge für saubere Energie angeregt. Kritisch wurde die Ausweisung der Ostsee als Schwefelüberwachungsgebiet betrachtet, da dies die Kosten für den Seetransport definitiv erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit, z. B. für die Holzindustrie in der Ostseeregion, beeinträchtigen werde.

V Dritter Sitzungsabschnitt „Die Ostseeregion als eine Region des Friedens und der Sicherheit“

Sia Spiliopoulou Åkermark, Direktorin des Friedensinstituts der Åland Inseln, nahm die Vorstellung des Zwischenberichtes der Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit“ zum Anlass, den Begriff „Sicherheit“ und dessen Konnotationen näher zu betrachten. Sie stelle dabei fest, dass der Begriff früher meist mit „Frieden“ kombiniert worden sei, heute jedoch häufiger im Zusammenhang mit Gefahren und Risiken verwendet werde. Das derzeit gültige Paradigma sei das der „realistischen Sicherheit“, welches auf die Abwendung der direkt auf den Staat gerichteten Gefahren abziele, gegebenenfalls auch unter Gewaltanwendung. Bei den Regierungen in der Ostseeregion seien die Sicherheitsbedenken nicht weniger geworden, eher beobachte sie eine gegenteilige Entwicklung. Hervorzuheben sei das Konzept des positiven Friedens, das Frieden und Sicherheit nicht nur negativ als die Abwesenheit von Gewalt definiere, sondern den Fokus auf Aktivitäten richte, die zum Erhalt dieses Zustands notwendig seien. Zentral sei also präventives Handeln. Im Folgenden erläuterte Frau Spiliopoulou Åkermark beispielhaft einige Maßnahmen in den Bereichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Belebung zivilgesellschaftlicher Kontakte, Diversity-Management sowie regionale Selbstverwaltung. Zur Unterbindung des Menschenhandels etwa sei es notwendig, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu fördern und Stereotype sowie sexuelle und häusliche Gewalt anzusprechen. Die langfristige Förderung von zivilgesellschaftlichen Kontakten verschiedener Länder, Institutionen und Personen könne dazu beitragen,

Ängste und Vorurteile zu beseitigen. Auch für erfolgreiche regionale Selbstverwaltung, die potenziellen Konflikten die Grundlage entziehen könne, gebe es Beispiele in der Region. Schließlich seien die Åland-Inseln ein diskussionswürdiges Konzept.

Pertti Joenniemi, Wissenschaftler am dänischen Institut für Internationale Studien (DIIS), stellte seinem Vortrag die provozierende Frage voran, ob die Ostseeregion zu sehr in der Vergangenheit verharre. Sicherheit sei traditionell ein zentrales Thema in der Ostseeregion, das vielfältige politische Meinungen hervorgebracht habe. Bei der Konzentration auf Themen wie Bündnisse, Gleichgewicht und Sicherheitsgarantien, die die Tagesordnung beherrscht hätten, sei wenig Raum für eine Regionalisierung geblieben, die sich in der politischen Szene hätte entfalten und diese beeinflussen können. Dies habe sich nach dem Ende des Kalten Krieges verändert, und die Ostseeregion habe sehr schnell ihre Chance zur Regionalisierung ergriffen. Innerhalb kurzer Zeit sei sie zu einem der am stärksten regionalisierten Teile Europas geworden. Dies bedeute jedoch nicht, dass Überlegungen in Bezug auf die Sicherheit damit verschwunden seien. Noch immer spielten sie in den Diskussionen eine Rolle; dennoch wäre es falsch, zu behaupten, dass die Ostseeregion bei den alten politischen Sicherheitsthemen geblieben sei. Beherrschend seien nun Themen, die sich mit unterschiedlichen Formen der sogenannten weichen Sicherheit beschäftigten, und auch die Konzepte der Rüstungskontrolle und des Vertrauensaufbaus spielten weiterhin eine Rolle. Für die Ostseerainerrstaaten sei es wichtig, den Weg der Regionalpolitik fortzusetzen und nicht nur Vorgaben aus Brüssel umzusetzen. Mit der von der Europäischen Union verabschiedeten Ostsee-Strategie werde ein neues Kapitel aufgeschlagen. Damit werde die Ostseeregion ermutigt, genau die von ihr eingeschlagene Richtung weiter zu verfolgen. Als kreative und proaktive Kraft könne die Ostseeregion zu einer Modellregion für Europa werden. Mit der Weiterentwicklung ihrer Eigenständigkeit und ihrer Besonderheiten besitze die Ostseeregion alle Chancen, in einem neuen Kontext in Europa gesehen zu werden. Viele neue Möglichkeiten würden eröffnet, aber auch die damit verbundenen Herausforderungen dürften nicht übersehen werden. Was nun gefragt sei, sei der Mut, Stagnation und Passivität hinter sich zu lassen und sich einem Diskurs zu stellen, der den neuen Gegebenheiten Rechnung trage.

Der Abgeordnete **Trivimi Velliste** (Estland), Vizepräsident der Baltischen Versammlung, betonte, dass die Ostseeregion auch heute noch nicht als homogene, geeinte oder integrierte Region zu betrachten sei und dass die Unterschiede in Bezug auf Größe, Entwicklung und Wohlstand und auch in Hinblick auf die Nähe zur Ostsee beträchtlich seien. Hinzu kämen unterschiedliche Kulturen, Sprachen und Lebensweisen und auch unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der gemeinsamen Geschichte. Geeint würden die Ostseerainerrstaaten jedoch durch gemeinsame politische Zielsetzungen und eine gemeinsame politische Agenda. Diese regionale Zusammenarbeit habe zu einem hohen Maß an Sicherheit und Stabilität in diesem Teil der Welt geführt. Die Ostseeregion als

typische europäische Region, in der eine große Vielzahl an Staaten und politischen Vorstellungen auf relativ kleinem Raum zusammenkommen, habe deswegen auch in der Vergangenheit eine Reihe von Konflikten erlebt. Immer wieder hätten einzelne Staaten eine Vormachtstellung in der Region gehabt, was zu Auseinandersetzungen geführt habe. Andererseits sei jedoch nicht zu übersehen, dass die Ostseeregion selbst für europäische Verhältnisse ganz spezielle und außergewöhnliche Besonderheiten aufweise. Auch in Zeiten des Aufruhrs habe sie es vermocht, eine Region der Stabilität zu bleiben, in der Wirtschaft, Handel und Kultur gediehen. Eine weitere Besonderheit gerade vor dem Hintergrund der Vereinigung Europas sei die jahrhundertelange Zusammenarbeit im Rahmen der Hanse gewesen. Trotz fundamentaler Veränderungen in der Ostseeregion und einer starken Dynamik in Bezug auf das Sicherheitssystem werde weltweit anerkannt, dass die Region eine der stabilsten Regionen in Europa gewesen sei und weiterhin bleibe. Fraglich sei, was zu dieser Stabilität führe und welche Mechanismen für ihre anhaltende Kontinuität sorgten. Sicherheit sei eine jener Fragen in der internationalen Politik, die immer im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Forschern, Politikern und der gesamten Gesellschaft stehe, da sie maßgeblich für die Möglichkeiten des Einzelnen, der Gesellschaft und des Staates sei, das Überleben zu sichern und sich weiter zu entwickeln. Zu den neuen Gefahren gehörten nicht nur die nukleare Weiterverbreitung, sondern auch neue Formen von Instabilität, wozu Finanzkrisen, Umweltverschmutzung, Abhängigkeit in Bezug auf die Energieversorgung, organisiertes Verbrechen, Terrorismus sowie weitere zum Teil weniger sichtbare und weniger vorhersehbare Gefahren als jemals zuvor gehörten. Wenn es im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU darum gehe, die gemeinsame Finanzierung zu erhöhen und Mitgliedstaaten zu ermutigen, weitere Truppen im Rahmen von EU-Missionen zu stellen, so erwies sich als Hauptmangel die unterschiedlichen strategischen Ansichten, die innerhalb der Mitgliedstaaten und zwischen ihnen in Bezug auf die Zukunft und zukünftige Sicherheitsgefahren existierten.

Anders als bei den konkurrierenden Bündnissen der Vergangenheit laufe in Europa nunmehr ein Prozess der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Integration ab, der sich auf die Europäische Union und die NATO konzentriere. Eines sei jedoch klar: Die NATO bleibe die wichtigste Garantie und der Eckpfeiler der Sicherheit in Europa, nicht nur in militärischer, sondern auch in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Es sollte jedoch auch daran gedacht werden, Mittel und Möglichkeiten zu entwickeln, um Russland im Hinblick auf die Institutionen und Organisationen der europäischen Sicherheit stärker einzubinden und weniger auszugrenzen und es dem Land damit zu ermöglichen, ein tatkräftiger Akteur innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur zu werden. Abschließend betonte Trivimi Velliste, dass man in turbulenten Zeiten lebe, in denen sich das Sicherheitsumfeld ständig verändere. Derzeit stünden die eher unkonventionellen Sicherheitsgefahren im Vordergrund. Es sei notwendig, sich um Verfahren und Möglichkeiten

zu bemühen, um asymmetrischen Bedrohungen einschließlich der Angriffe im Internet und der organisierten Kriminalität besser Herr zu werden. Gleichzeitig sei zu berücksichtigen, dass sowohl der Abbau der konventionellen Waffen als auch der nuklearen Waffen weiter voran getrieben werden müsse.

Charly Johan Salenius-Pasternak, Wissenschaftler am finnischen Institut für internationale Politik, leitete seinen Vortrag mit der Feststellung ein, dass auf der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz bereits viele Themen erörtert worden seien, die eine Rolle für die Sicherheit spielten: Klimawandel, wirtschaftliche Zusammenarbeit, und die Zusammenarbeit in maritimen Fragen. Sicherheit und Frieden in der Ostseeregion sei ein wichtiges Thema, welches auch Veranlassung gebe, sich mit der Geschichte der Ostseeregion zu befassen und Lehren aus den in dieser Region geführten Kriegen zu ziehen. Es habe sich die Frage gestellt, ob es eine einzige Sicherheitsgemeinschaft für die Ostseeregion gebe. Seiner Meinung nach existierten derzeit mehrere Sicherheitsgemeinschaften in der Ostseeregion. Die Gemeinschaft der nordischen Staaten, die der drei baltischen Staaten und die von ihm als „Hansakern“ bezeichnete Sicherheitsgemeinschaft von Deutschland und Polen. Darüber hinaus gebe es eine einzigartige Sicherheitsgemeinschaft, nämlich Åland und schließlich die von EU und NATO, welche alle diese Sicherheitsgemeinschaften umfasse und sie miteinander verbinde. Eine verstärkte gegenseitige Abhängigkeit, sowohl in wirtschaftlicher als auch in anderer Hinsicht, und eine gemeinsame Geschichte hätten viel zu der jetzigen Stabilität beigetragen. Hinzu gekommen sei eine fundamentale Veränderung bei der Betrachtung der „Gegenseite“. Diese Veränderung habe sowohl in den Köpfen der politischen Elite und Führer als auch in den Köpfen der Bevölkerung stattgefunden. Durch die Konsolidierung der EU und die Erweiterung der NATO werde es bis zum Jahre 2020 nur zwei Akteure in der Ostseeregion geben, nämlich die Sicherheitsgemeinschaft von EU und NATO und Russland. Russland habe leider in den vergangenen Jahren diese fundamentale Wandlung in Bezug auf die Betrachtung der Gegenseite nicht vollzogen. Dies bedeute für Finnland und die drei baltischen Staaten, dass die Ostseeregion im kommenden Jahrzehnt, vielleicht sogar noch in Jahrzehnten, keine einheitliche Sicherheitsgemeinschaft sein werde.

Björn Lyrvall, Generaldirektor im schwedischen Außenministerium, lobte das Konzept der Zusammenarbeit in der Ostseeregion, in das alle Ebenen der Gesellschaft auf dezentralisierte Art und Weise eingebunden seien. Die intensive Zusammenarbeit verstärke das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in der Region. Auch die Mitwirkung Russlands sei ein Faktor, der zu Stabilität und Sicherheit in der Region beitrage. In Bezug auf das Zusammenwachsen Europas und die zunehmende Globalisierung stellte Herr Lyrvall fest, dass die gegenseitigen Abhängigkeiten zunehmen würden und damit verbunden auch neue Gefahren und Herausforderungen entstünden, die mit den bisherigen Sicherheitskonzepten nicht mehr zu bewältigen seien. Grenzüberschreitende Aktivitäten und die Öffnung der Grenzen würden nicht nur mehr

Freiheit, sondern oft auch sehr komplexe und schwierige Probleme erzeugen, die besonders in der Ostseeregion zu spüren seien. Die Zusammenarbeit mit den nordischen Nachbarn und den baltischen Staaten sei für Schweden sehr wichtig. Die zu diesem Zweck im Jahre 1990 vereinbarte gemeinsame Strategie – die sogenannte NB8-Strategie (Nordisch-Baltische Strategie von acht Ländern der Region) – habe jedoch angesichts der aktuellen Herausforderungen einer Überarbeitung bedurft. So habe man vor dem Hintergrund der aktuellen Erfordernisse kürzlich 38 konkrete Empfehlungen festgelegt. In Bezug auf die regionale Zusammenarbeit seien auch der Arktische Rat und der Rat der Barentssee zu erwähnen, mit denen Schweden ebenfalls eine ausgeprägte Zusammenarbeit pflege. Lyrvall betonte, dass Russland nirgendwo sonst in Europa so sehr in die Zusammenarbeit bezüglich der gemeinsamen Sicherheit eingebunden sei wie in der nord-europäischen Region. Hinsichtlich der EU-Ostseestrategie sei festzustellen, dass die dort enthaltenen Projekte auf sehr konkrete Ziele ausgerichtet seien und einen wertvollen Rahmen für den weiteren Ausbau der Zusammenarbeit in der nördlichen Region böten. Mit der Politik der Nördlichen Dimension, welche die nicht der EU angehörigen Länder in der Region einbeziehe, existiere ein weiterer Faktor, der die umfassende Beteiligung aller Anrainer an den Belangen und Lösungen für die Region sicherstelle.

Der frühere finnische Außenminister, **Erkki Tuomioja**, betonte die Offenheit der Ostseeregion für jedermann und die Tatsache, dass sich zum ersten Mal in der Geschichte der Region alle Ostseeanrainerstaaten zu den demokratischen Prinzipien und der Achtung der Menschenrechte bekennen würden. Gleichzeitig sei in der Ostseeregion jedoch auch jede Art von neuen Risiken in Bezug auf Sicherheitsfragen zu finden. Auch das Misstrauen untereinander sei noch lange nicht völlig ausgeräumt, denn aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen gebe es noch immer Bereiche, in denen viel aufzuarbeiten sei. Erkki Tuomioja kritisierte, dass es in der Ostseeregion noch immer zu viele konventionelle und nukleare Waffen gebe und forderte eine weitere Reduzierung im Rahmen der globalen Abrüstungsbemühungen. Einige Ostseestaaten seien dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte – dem KSE-Vertrag – nicht beigetreten, was bedauerlich sei. Herr Tuomioja forderte insbesondere die baltischen Staaten wie auch Schweden und Finnland auf, dem KSE-Vertrag beizutreten. Er forderte ferner eine Verringerung der Seestreitkräfte und eine gemeinsame maritime Überwachung zur Sicherheit der zivilen Seefahrt. Als letzten Punkt führte Herr Tuomioja den Bau der Nordstream-Gaspipeline an, die er als positives Signal für die Sicherheit der europäischen Energieversorgung bezeichnete. Den Bau der Pipeline aus militärischen Gründen abzulehnen, halte er für unangebracht.

Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit“ der Ostseeparlamentarierkonferenz, Abgeordnete **Line Barfod** (Dänemark), fasste den Zwischenbericht der Arbeitsgruppe zusammen. Der Schwerpunkt der Beratungen der Arbeitsgruppe habe auf dem Thema Menschenhandel gelegen. Der Begriff „Menschenhandel“ werde oft nur für

den Handel mit Frauen, die zur Prostitution gezwungen würden, benutzt. Zu den Opfern von Menschenhandel gehörten aber auch Kinder und Männer, die – wie Sklaven behandelt – oft in Privathaushalten landeten und deren Arbeitskraft dort sowie in der Gastronomie, in der Landwirtschaft und als Fabrikarbeiter schamlos ausgenutzt werde. Im schlimmsten Fall würden sie sogar Opfer von Organhandel. Die Hintergründe dieser Schicksale seien die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften und sexuellen Diensten und die ärmlichen Lebensbedingungen und die fehlende Hoffnung auf eine bessere Zukunft in den Herkunftsländern. Diese Bedingungen machten sich Menschenhändler zunutze, die ihre Opfer mit falschen Versprechungen in andere Länder lockten. Dies geschehe nicht nur in armen Ländern, sondern überall in der Welt, auch in der Ostseeregion. Menschen würden wie Drogen und Waffen gehandelt. Gleichzeitig sei das Risiko, gefasst und bestraft zu werden, gering. Deshalb sei der Menschenhandel eine der am schnellsten wachsenden Kriminalitätsarten, nicht nur in der Ostseeregion, sondern auch weltweit. Nach Schätzungen internationaler Organisationen seien etwa 2,5 Millionen Menschen Opfer von Menschenhandel. Die Arbeitsgruppe habe sich intensiv mit diesen Problemen befasst und habe politische Stellungnahmen und Empfehlungen zu Fragen der zivilen Sicherheit formuliert sowie Richtlinien und konkrete politische Vorschläge erarbeitet. Man habe vereinbart, dass die Mitglieder der Arbeitsgruppe den Erfahrungsaustausch über hilfreiche und erfolgreiche Verfahren und Arbeitsergebnisse weiter fortsetzen und ihre Arbeit in die nationalen und regionalen Arbeitsgruppen hinein tragen sollten. Schließlich werde die Arbeitsgruppe ihre Empfehlungen in die Resolution der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen lassen. Line Barfod betonte, dass die Arbeitsgruppe ihren Status als politisches Gremium nutzen werde, um politische Empfehlungen, die für die gesamte Ostseeregion von großem Interesse seien, vorzulegen und dafür zu sorgen, dass das Thema Menschenhandel auf der politischen Tagesordnung größere Aufmerksamkeit erfare.

Dank der Teilnahme von Experten der verschiedensten Institutionen habe die Arbeitsgruppe weitere wichtige Einblicke in diesen Problembereich gewinnen können. Positiv sei festzustellen, dass alle in der Arbeitsgruppe vertretenden Länder über nationale Aktionspläne zur Bekämpfung des Menschenhandels verfügten und einen nationalen Berichtersteller oder ähnliche Einrichtungen und nationale Koordinierungsmechanismen zu diesem Problem aufweisen könnten.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Aktivitäten empfehle die Arbeitsgruppe den Ländern der Ostseeregion folgendes:

- alle einschlägigen internationalen Übereinkommen und andere internationale Instrumente zum Thema Menschenhandel sollten unterzeichnet und in nationales Recht übergeleitet werden;
- Menschenhandel ist ein internationales Verbrechen; deshalb ist eine internationale Zusammenarbeit unabdingbar;
- die Länder sollten dauerhaft und gezielt angemessene Finanzmittel für die Arbeit von öffentlichen Stellen, Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen und Projekten zur Bekämpfung des Menschenhandels zur Verfügung stellen;
- die Länder sollten die Erhebung von Daten über Menschenhandel weiterentwickeln und koordinieren, um sich verstärkt mit dem Problem auseinanderzusetzen; sie sollten gezielte Initiativen zur Bekämpfung des Menschenhandels entwickeln, strafrechtliche Untersuchungen und Strafverfolgung unterstützen und größtmögliche Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel bereitstellen;
- die Länder sollten sicherstellen, dass der Schwerpunkt immer bei den Opfern liege. Menschenhandel bedeute Ausbeutung, ganz gleich, wo und in welcher Form er stattfindet. Die Priorität müsse auf der Wahrung der Menschenrechte liegen;
- die Länder sollten wirksame Methoden und bestmögliche Verfahrensweisen entwickeln, um sicherzustellen, dass die zuständigen öffentlichen Dienststellen und Nichtregierungsorganisationen den Opfern und deren Familie zur Seite stehen und die Zahl der Verurteilungen von Menschenhändlern und derjenigen, die sich an der Ausbeutung von Menschen beteiligten, immer weiter zunehme.

Diese Empfehlungen sollen dem Ständigen Ausschuss als Beitrag zum Schlussdokument der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz vorgelegt werden.

Line Barfod betonte, dass Menschenhandel ein Problem sei, das alle angehe, ungeachtet der politischen Überzeugungen. Sowohl als Bürger als auch als Politiker habe man die Verpflichtung zu handeln. Vorkehrungen seien zu treffen, um auszuschließen, dass im tagtäglichen Leben Gefahr bestehe, an der Ausbeutung von Frauen, Männern und Kindern, die Opfer von Menschenhandel seien, beteiligt zu sein. Es sei Aufgabe der Ostseeanrainerstaaten und der EU-Staaten, sich für die Umsetzung der gemeinsamen Ziele einzusetzen.

In der anschließenden Diskussion stimmte Abgeordnete **Gabriele Dobusch**, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, der Ansicht von Frau Barfod zu, dass nur ein gemeinsames Vorgehen bei der Bekämpfung des Menschenhandels zum Erfolg führen könne. Bedauerlicherweise gebe es nur unzureichende Daten über die illegal in der Gastronomie, in Haushalten und an anderen Stellen arbeitenden Frauen. Die niedrigen, wenn überhaupt gezahlten Löhne müssten auch unter dem Aspekt gesehen werden, dass die Freizügigkeit diese Niedriglöhne in vielen Fällen begünstige. Viel müsse noch getan werden, um die Bevölkerung für dieses Problem zu sensibilisieren. Die Täter müssten häufiger zur Verantwortung gezogen und die Opfer im größeren Maße unterstützt werden. Menschenhandel sei und bleibe eines der wichtigsten Probleme der heutigen Zeit.

Abgeordneter **Nikolay Churkin** (Russischer Föderationsrat) stellte in seinen Ausführungen einen Bezug zwi-

schen den Sicherheitsfragen in der Ostseeregion und dem Widerspruch zwischen gesellschaftlichen und ökologischen Bedürfnissen her. Eingehend auf den Konflikt zwischen Georgien und Russland betonte er, dass die Unterstützung Georgiens durch Europa und die NATO das politische Kräftegleichgewicht in der Region empfindlich gestört habe. Was die Tätigkeiten der russischen Flotte in der Ostsee betreffe, unterstrich Nikolay Churkin, dass ihre Übungen ausschließlich zum Zweck der Terrorbekämpfung stattfänden und dass es sich um Schiffe handele, die später am Horn von Afrika bei der Bekämpfung somalischer Piraten eingesetzt würden. Churkin schloss sich den Ausführungen der Vorredner an, dass die Ostseeregion eine Region der Stabilität sei und das Zusammenleben der Menschen in der Region sehr gut funktioniere. Er äußerte die Hoffnung, dass durch die Mitgliedschaft von acht Ostseeanrainerstaaten in der NATO keine Polarität entstehen werde, sondern dass alle Anrainer weiterhin auf pragmatische Art und Weise zusammenarbeiteten. Russland sei seinerseits für Gespräche jederzeit offen. In Bezug auf die Arbeit der BSPC forderte Nikolay Churkin neue politische Arbeitsgremien, die sich mit aktuellen Aspekten der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität auseinandersetzen sollten. Er forderte nachdrücklich eine Zusammenarbeit der EU-Ostseeanrainerstaaten und der Nicht-EU-Staaten in der Region und unterstrich abschließend, dass sich die Russische Föderation in vollem Umfang an der Zusammenarbeit in der Ostseeregion beteiligen werde, einer Region, die von der russischen Führung als sehr wichtig betrachtet werde.

Die Abgeordnete **Sinikka Bohlin** (Schweden) stellte fest, dass das Thema Sicherheit mehr als je zuvor in den Ostseeanrainerstaaten diskutiert werde. Obwohl die Region mit zu den sichersten Regionen gehöre, gebe es bei jungen und alten Menschen Ängste in Bezug auf zukünftige politische und andere Konflikte. Fraglich sei, woher diese Ängste kämen und ob sie eventuell von den Medien vermittelt würden. Auf jeden Fall trügen sie dazu bei, dass Sicherheitsfirmen in Schweden große Konjunktur hätten.

Der Abgeordnete **Stanislaw Wziatek** (Polen) forderte von den Parlamentariern verstärktes Handeln, mehr Visionen, klarere Ziele und effizientere Verfahren, um glaubwürdige Ziele zu definieren, die für die Verwirklichung einer Modellregion von Frieden und Sicherheit notwendig seien. Sicherheit und Vertrauen seien ohne Zweifel Kernelemente für die Verwirklichung dieses Ziels. Auch sollte sich der politische Dialog nicht zu sehr auf theoretische Überlegungen und Wünsche beschränken, sondern

endlich zu konkretem Handeln gelangen. Dabei sprach Stanislaw Wziatek insbesondere die Umweltprobleme in der Ostseeregion an und erinnerte die Teilnehmer an das große Problem der chemischen Waffen auf dem Grund der Ostsee. Die Reinheit des Wasser sollte oberste Priorität erhalten, denn es sei nicht auszuschließen, dass eines Tages durch diese Chemikalien große Gefahren in der Ostsee entstehen könnten. Die Beseitigung der Waffen und Munition aus dem Zweiten Weltkrieg sei eine wichtige Aufgabe. Als letzten Punkt ging Stanislaw Wziatek auf das Verhältnis zwischen NATO und Russland vor dem Hintergrund des Berichtes der sogenannten Experten-Gruppe der NATO ein und äußerte die Hoffnung, dass ein neues Strategisches Konzept der NATO bald vorliegen werde.

VI Wahl der Amtsträger und Verabschiedung der Konferenzdokumente

Die Konferenzteilnehmer wählten die Abgeordnete **Christina Gestrin** (Finnland) als Vertreterin des Gastlandes der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz erneut zur Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses. Als ihre Stellvertreterin wurde **Valentina Pivnenko** (Russische Duma) wiedergewählt. Anschließend wurden das Arbeitsprogramm der BSPC für das Jahr 2010/2011 und Änderungen der Geschäftsordnung der BSPC einstimmig von den Teilnehmern der Konferenz verabschiedet. Die Konferenzteilnehmer nahmen ebenfalls einstimmig die Schlussresolution der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz an.

Frau Gestrin dankte den Teilnehmern für die konstruktiven Debattenbeiträge. Mit Freude sehe sie der Fortsetzung der Aktivitäten aller BSPC-Gremien im kommenden Jahr entgegen. Sie forderte die Parlamentarier auf, die verabschiedete Resolution ihren nationalen Parlamenten und Regierungen zur Kenntnis zu bringen und unterstrich, wie wichtig die Umsetzung der Empfehlungen der Resolution sei. Zum Abschluss dankte die Vorsitzende dem Gastgeber, den Åland-Inseln, für die erfolgreiche Veranstaltung der 19. BSPC-Konferenz in Mariehamn. Mit dem Hinweis darauf, dass im kommenden Jahr vom 28. bis 30. August 2011 eine Jubiläumskonferenz stattfinden werde, nämlich die 20. Konferenz der Ostseeparlamentarier in Helsinki, dem Ort, an dem auch die erste Ostseeparlamentarierkonferenz stattgefunden habe, schloss Frau Gestrin die Konferenz.

Franz Thönnies, MdB
Delegationsleiter

VII Verabschiedete Resolution

Resolution der Konferenz

verabschiedet von der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Ostseeanrainerstaaten*, die vom 29. bis 31. August 2010 in Mariehamn (Åland-Inseln) zusammengetroffen sind, die Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, „Klimawandel und biologische Vielfalt“, „integrierte Meerespolitik“, „Frieden und Sicherheit in der Ostseeregion“ sowie „Menschenhandel“ erörternd,

A. unter Betonung der wichtigen Rolle, die die Parlamentarier im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung der Ostseeregion spielen können, indem sie Aufklärungskampagnen durchführen, Meinungen bilden, Themen voranbringen, politischen Druck auf Regierungen ausüben und Gesetze initiieren und verabschieden;

B. unter Bekräftigung des engen und konstruktiven Austauschs zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz und dem Ostseerat, der beiden Seiten Nutzen bringt, was beispielsweise an der Interaktion zwischen den Arbeitsgremien der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Ostseerates in den Bereichen Menschenhandel und integrierte Meerespolitik erkennbar ist, und unter Anerkennung der Nützlichkeit dieser Interaktion als gemeinsame Ressource bei der Verfolgung und Bewältigung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der Ostseeregion;

C. unter Fortführung ihrer umfassenden Unterstützungsmaßnahmen für den HELCOM-Ostsee-Aktionsplan als eine der wichtigsten Maßnahmen für das zentrale Instrument der Wiederherstellung des guten ökologischen Status der Ostsee bis 2021, mit Bedauern zur Kenntnis nehmend, dass nicht alle HELCOM-Mitgliedstaaten wie vereinbart anlässlich der HELCOM-Ministertagung am 20. Mai in Moskau nationale Umsetzungspläne vorgelegt haben, und in der Erwartung, dass die Länder, die keine nationalen Umsetzungspläne vorgelegt haben, dies spätestens im Rahmen der hochrangigen HELCOM-Tagung Anfang 2011 tun;

D. die Verabschiedung der Erklärung „A Vision for the Baltic Sea Region by 2020“ („Eine Vision der Ostseeregion bis 2020“) anlässlich des 8. Gipfels der Ostseestaaten im Juni 2010 in Wilna mit Befriedigung zur Kenntnis nehmend und in der Erwägung, dass die Umsetzung der Bestimmungen der Erklärung ein wichtiger Faktor für die weitere Entwicklung der Ostseeregion ist;

E. die Annahme der EU-Strategie für die Ostseeregion im Oktober 2009 zur Kenntnis nehmend und dabei herausstellend, dass die EU-Strategie in geeigneter Weise mit der Politik der Nördlichen Dimension, die EU-Mitglieder und Nichtmitglieder als gleichrangige Kooperationspartner an einen Tisch bringt, verzahnt werden sollte, da sie eine interne EU-Maßnahme darstellt;

F. unter Begrüßung des Ostseeaktionsgipfels als Plattform für praktische Verpflichtungen mit dem Ziel der Rettung der Ostsee und unter Bekräftigung der während des Gipfels eingegangenen Verpflichtung der Ostseeparlamentarierkonferenz, weiterhin politische Initiativen zu ergreifen, die von den Staaten in der Region getroffenen Maßnahmen zu verfolgen und von Seiten der Parlamente Druck auf die nationalen Regierungen der Ostseeregion auszuüben und diese nachdrücklich aufzufordern, ihre Verpflichtungen im Rahmen des Ostsee-Aktionsplans zu erfüllen;

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit in der Region

1. die Möglichkeiten zur weiteren Stärkung der Zusammenarbeit in der Ostseeregion zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz zu prüfen, um Kohärenz zu gewährleisten und Spaltungen in der Ostseeregion zu verhindern, und den Ostseerat bei der Umsetzung der Ziele seines Reformprozesses und der Erzielung konkreter Ergebnisse im Rahmen seiner langfristigen Prioritäten zu unterstützen;

2. ihre bereits im Rahmen des HELCOM-Ostsee-Aktionsplans vereinbarten Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere – sofern noch nicht geschehen – durch die Vorlage konkreter nationaler Umsetzungspläne bis spätestens Anfang 2011;

3. ihre während des Ostsee-Aktionsgipfels eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und dabei beispielsweise ausreichende Ressourcen für die tatsächliche Umsetzung ihrer Verpflichtungen bereitzustellen;

* Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, Grönlands, der Freien und Hansestadt Hamburg, Lettlands, Leningrads, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, die Åland-Inseln, die Baltische Versammlung, das Europäische Parlament und der Nordische Rat.

4. die Ostseestrategie der EU soweit möglich an die Politik der Nördlichen Dimension sowie den Ostseerat als wichtigem regionalem Kooperationsgremium und weitere nördliche Kooperationsgremien und Ostseekooperationsgremien anzugleichen;
5. bestimmte Beträge in den von der Nordischen Investitionsbank und der Nordic Environment Finance Cooperation geführten Treuhandfonds des Ostsee-Aktionsplans einzuzahlen und auf diese Weise die Ressourcen für die Entwicklung bankfähiger Projekte zu stärken, d. h. kohärente, realistische und tragfähige Projekte zur Umsetzung von Umweltprojekten und anderen Projekten zum Nutzen der Ostseeregion;
6. sich für den Abbau von Hindernissen für Arbeitnehmer, Unternehmen und Touristen, z. B. Visa- und Meldebestimmungen, einzusetzen und weiterhin die Beseitigung von Hindernissen für die Mobilität von Arbeitnehmern in den Grenzregionen zu unterstützen und für ein qualitativ hochwertiges Informationsangebot zur Gewährleistung sozialer Sicherheit bei grenzüberschreitender beruflicher Tätigkeit zu sorgen;
7. die Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft in der Region zu fördern und dabei nichtstaatliche Organisationen sowohl beim Zugang zu als auch bei der Antragstellung für Ostseeförderprogramme behilflich zu sein, damit sie sich verstärkt an der Umsetzung dieser Förderprogramme beteiligen können;

im Hinblick auf den Klimawandel und die biologische Vielfalt in der Ostseeregion

8. einen ökosystemorientierten Ansatz für die Umweltarbeit in der Ostseeregion anzuwenden, darunter Investitionen sowie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zum Schutz von Ökosystemdienstleistungen, und ihre Werte gegebenenfalls in Wirtschaftssysteme, nationale Haushalte und Strategien für nachhaltige Entwicklung zu integrieren;
9. Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt zu unterstützen, z. B. die Wiederherstellung von Wasserstraßen, die von bestimmten Tierarten für Wanderungsbewegungen benutzt werden, sowie die Wiederherstellung der natürlichen Umwelt, Oxygenierung und Aufstockung der Fischbestände;
10. sich verstärkt für die Verhinderung der fortwährenden Einführung invasiver Arten in der Ostsee durch Schiffe einzusetzen, beispielsweise durch die Entwicklung von Technologien für die Behandlung von Ballastwasser und ein mögliches Verbot des Austauschs von Ballastwasser in bestimmten Gebieten;
11. mithilfe aktiver Maßnahmen bedrohte Arten zu schützen, Beifang zu minimieren und die Entsorgung von Fischereiabfällen im Meer zu beenden und dafür zu sorgen, dass die kommerzielle Fischerei Fangquoten und Fischgründe beachtet;
12. mithilfe wirksamer und zielgerichteter Maßnahmen die illegale, nicht gemeldete und nicht regulierte Fischerei (IUU-Fischerei) zu stoppen und zu diesem Zweck Kontrollressourcen und die Kontrolle bei der Anlandung zu verstärken;

im Hinblick auf die integrierte Meerespolitik in der Ostseeregion

13. neue Maßnahmen zur Reduzierung schädlicher Emissionen zu fördern und
 - den Kurzstreckenseeverkehr in noch stärkerem Maße als bisher als umweltfreundliche Alternative zum Landverkehr zu unterstützen;
 - zu untersuchen, inwieweit die Reduzierung des Schwefelgehalts von Schiffsbrennstoffen zu Wettbewerbsnachteilen für die Wirtschaft in der Ostseeregion führen kann, und Vorschläge zur Vermeidung dieser Nachteile unter gleichzeitiger Bewahrung hoher ökologischer Standards im maritimen Sektor zu erarbeiten;
 - die im Rahmen des Ostseeprogramms zur Finanzierung genehmigten Projekte aktiv zu unterstützen, d. h. vor allem Projekte, die der Reduzierung der von Schiffen ausgehenden schädlichen Emissionen und der Entwicklung von Auffangmöglichkeiten für Schiffsabwässer in den Ostseehäfen dienen;
14. die Umsetzung verbesserter Sicherheits- und Brandverhütungsmaßnahmen für Schiffe, Terminals, Häfen, Baumaßnahmen auf See und an Land sowie die Nutzung umweltfreundlicher Stoffe zwecks Abmilderung der durch Unfälle verursachten Schäden zu fördern;
15. den verpflichtenden Einsatz von Lotsen in gefährlichen Gewässern der Ostsee auszuweiten und das Verbot des Transports von Öl in Einhüllentankern strikt umzusetzen;
16. Maßnahmen zu initiieren, die 1.) den Weg für die Verwendung einer Sprache im grenzüberschreitenden See- und Landverkehr ebnen und dies unterstützen und 2.) die Umsetzung gemeinsamer Zoll- und Besteuerungsverfahren standardisieren und fördern;
17. weiterhin für Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur in der Ostseeregion zu sorgen und eine Verkehrspolitik zu fördern, die grundsätzlich von der Vorstellung geleitet wird, dass Transporte auf umweltfreundliche Weise durchge-

führt und durch einen Infrastrukturverbund gestützt werden sollten, und gleichzeitig den Ausbau von Land- und Seewegen in den Mittelpunkt zu stellen;

18. dafür zu sorgen, dass das TEN-V-Kernnetz der EU aus Knotenpunkten (Hauptstädten, anderen Städten oder Ballungsräumen von überregionaler Bedeutung, Gateway-Häfen, interkontinentalen Drehscheibenhäfen und -flughäfen und den wichtigsten Binnenhäfen und Umschlagterminals) und Verbindungen von höchster strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung besteht, die an zentrale Infrastrukturen in Drittländern (einschließlich Russland) angebunden sind;

19. der strategischen Entwicklung von Seehäfen mit entsprechenden Logistikzentren und Bahnterminals besondere Bedeutung beizumessen, um nationale, regionale und europäische Netze zu schaffen. In diesem Zusammenhang sollten Lücken in den vorrangigen TEN-Projekten geschlossen und die Projekte in einem Kernnetz verknüpft und konsolidiert werden;

20. Initiativen für die Verbesserung der Sicherheit, Reduzierung von Umweltrisiken in der Ostsee und Befassung mit dem menschlichen Faktor zu unterstützen; dies beinhaltet auch die Unterstützung von Initiativen, die zum Bürokratieabbau beitragen, z. B. durch Harmonisierung und Weiterentwicklung der vorhandenen Schiffsmeldesysteme und Schiffsverkehrsdienste in der Ostsee;

21. die gemeinsame regionale sowie nationale Bereitschaft und die Kapazitäten zur Bekämpfung größerer Ök Katastrophen und Gefahrstoffen zu stärken, beispielsweise durch subregionale Vorbereitungs- und Abstimmungsmaßnahmen und Übungen wie im Rahmen des HELCOM-BRISK-Projekts gezeigt, und durch die Beschaffung ausreichender Mengen an Geräten zur Entsorgung von ausgetretenem Öl oder Gefahrstoffen;

im Hinblick auf Frieden und Sicherheit in der Ostseeregion

22. die Entwicklung der gemeinsamen Wahrnehmung der Bedrohungen für die öffentliche und zivile Sicherheit in der Region, die natürliche sowie technologische und weitere, vom Menschen verursachte Bedrohungen und Risiken umfasst, zu fördern und zu unterstützen;

23. die Entwicklung gemeinsamer Strategien, Aktionsprogramme und konkreter Ressourcen zur Verhütung und Bewältigung der Bedrohungen für die zivile Sicherheit in der Region zu fördern;

24. Informationen über die Erfahrungen aus den Bedrohungen der jüngsten Vergangenheit, z. B. der Vogelgrippe 2007, der Internet-Angriffe in Estland 2007 und der Schweinegrippe 2009, zu extrahieren und auszutauschen, um weitere Kenntnisse zu gewinnen und das gemeinsame Bewusstsein für diese Bedrohungen bzw. die gemeinsame Bereitschaft zur Bekämpfung derselben zu erhöhen;

25. die Weitergabe der Erfahrungen in der Ostseeregion in Bezug auf Frieden, Sicherheit und die Entwicklung der Demokratie im Rahmen politischer und diplomatischer Kontakte zu fördern, um die Demokratie zu stützen;

26. verfügbare Informationen über den Standort und Zustand von im Meer versenkten Chemiewaffen auszutauschen, um die Öffentlichkeit über die von diesen Waffen ausgehende Bedrohung aufzuklären, Verhaltensrichtlinien für den Fall des Aufeinandertreffens mit im Meer versenkten chemischen Waffen zu erarbeiten und Seminare und Konferenzen über dieses Thema zu organisieren;

im Hinblick auf den Menschenhandel

27. die Unterzeichnung und Ratifizierung aller einschlägigen internationalen Übereinkommen, Protokolle und Entscheidungen und den Beitritt der Länder zu diesem Übereinkommen, die dies bislang nicht getan haben, zu prüfen, z. B. des Protokolls über den Menschenhandel („Palermo-Protokoll“), das Übereinkommen des Europarates gegen den Menschenhandel und weitere internationale Vereinbarungen; folglich sollten gegebenenfalls die nationalen Gesetze und die Justiz überprüft und geändert werden, um für die Einhaltung der internationalen Übereinkommen und Protokolle zu sorgen und Gesetze zu ermöglichen, die alle Kanäle des Menschenhandels kriminalisieren;

28. anzuerkennen, dass der Menschenhandel einen internationalen grenzüberschreitenden Straftatbestand darstellt, der eine internationale Zusammenarbeit und grenzüberschreitende konzertierte Aktionen erfordert, darüber hinaus aber auch zu erkennen, dass die tatsächliche Ausbeutung der Opfer vor Ort stattfindet und deshalb mithilfe verbesserter Pläne und Ressourcen vor Ort bekämpft werden sollte, z. B. durch Maßnahmen zur Eindämmung der Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen von Opfern des Menschenhandels;

29. ausreichende, dauerhaft einzusetzende und gezielte Mittel und Ressourcen beispielsweise für Behörden, spezielle Behörden, nichtstaatliche Organisationen und zwischenstaatliche Organisationen und Projekte, z. B. die Arbeitsgruppe Menschenhandel des Ostseerates, zuzuweisen, um dauerhafte und nachhaltige Maßnahmen gegen den Menschenhandel zu treffen, z. B. die interne Anweisung des Nordischen Rates, nur solche Hotels auszuwählen, die schriftlich garantieren, dass sie sich nicht an der Begünstigung des Anbietens bzw. des Erwerbs sexueller Dienstleistungen beteiligen;

30. die Entwicklung eines interoperablen, abgestimmten und transparenten Systems für die Zusammenstellung, Analyse, Weitergabe und Verbreitung von Informationen über den Menschenhandel zu fördern, um das Verständnis für das Problem zu erhöhen, geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln, die Möglichkeiten der Erkennung von Opfern des Menschenhandels zu verbessern, die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung der Fälle von Menschenhandel zu unterstützen und den Opfern des Menschenhandels auf bestmögliche Weise zu helfen;

31. dafür zu sorgen, dass bei allen Maßnahmen und Aktionen zur Bekämpfung des Menschenhandels die Opfer im Mittelpunkt stehen; dies bedeutet, dass es sich bei Menschenhandel um Ausbeutung handelt, unabhängig davon, wo und in welcher Form er stattfindet, dass die Menschenrechte der Opfer des Menschenhandels im Mittelpunkt aller Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels stehen und dass die Opfer und deren Familienangehörige ungeachtet ihres Status, ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit bei Strafverfahren gegen Menschenhändler oder der Art der Ausbeutung, unter der sie leiden, bedingungslos unterstützt werden sollten;

32. die Entwicklung der operativen Kapazitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels vor Ort zu unterstützen und zu fördern; es sollten Kooperationsmodelle sowohl zwischen den entsprechenden staatlichen Akteuren – z. B. Polizei, Strafverfolgungsbehörden, Sozial- und Einwanderungsbehörden – als auch mit nichtstaatlichen Organisationen entwickelt werden, um die Unterstützungskette und den Opferschutz sowie die Opfer und deren Familienangehörige zu stärken und die Zahl der Verurteilungen der Täter zu erhöhen.

Darüber hinaus

33. fordert die Konferenz den Ständigen Ausschuss auf, das Funktionieren des Gemeinsamen Finanzierungsmechanismus der Ostseeparlamentarierkonferenz zu evaluieren und dabei auch eine mögliche Überarbeitung der Verfahren für die Finanzierung der Aufgaben des Sekretariats zu prüfen;

34. verabschiedet die Konferenz die geänderte Geschäftsordnung, die nach Abschluss der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz in Kraft tritt;

35. begrüßt die Konferenz mit Dankbarkeit das freundliche Angebot des finnischen Parlaments, die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 28. bis 30. August 2011 in Helsinki auszurichten.